Antrag

an die 189. Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Tirol
am 23. Mai 2025

Keine weiteren Einsparungen im Behindertenbereich – Für eine solidarische und menschenwürdige Sozialpolitik

Der Behindertenbereich in Tirol steht unter massivem Druck. Trägerorganisationen kämpfen mit steigenden Kosten, gleichzeitig verweigert das Land Tirol für das Jahr 2025 die volle Übernahme der kollektivvertraglichen Erhöhungen im Bereich der Sozialwirtschaft Österreich (SWÖ) – konkret für die Monate Jänner und Februar. **Das bedeutet faktisch: eine Kürzung.**

Leidtragende sind nicht nur Menschen mit Behinderungen, deren Teilhabe, Betreuung und Selbstbestimmung gefährdet wird – sondern auch die Beschäftigten in diesem hochsensiblen Bereich. Sie sind heute schon überlastet, unterbezahlt und von strukturellem Personalmangel betroffen. Jede zusätzliche Einsparung verschärft die Situation dramatisch – zulasten der Qualität, der Menschenwürde und der sozialen Gerechtigkeit.

Wer Inklusion will, muss sie auch finanzieren. Wer Teilhabe verspricht, darf Beschäftigte nicht überfordern.

Die 189. Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Tirol fordert daher die Tiroler Landesregierung auf:

1. Die vollständige Finanzierung der Ergebnisse der Kollektivvertragsverhandlungen (SWÖ) sicherzustellen.
2. Die Valorisierung der Leistungen und Budgets im Behindertenbereich nicht auszusetzen, sondern dauerhaft abzusichern.
3. Bestehende Unterstützungsangebote für Menschen mit Behinderungen in Tirol weder im Umfang noch in der Qualität einzuschränken.
4. Die nachhaltige und planbare Finanzierung der Trägerorganisationen im Behindertenbereich langfristig gesetzlich abzusichern.
5. Die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten im Behindertenbereich deutlich zu verbessern – das bedeutet, dass man die gesetzlich bzw. förderrechtlich vorgegebenen Begleitschlüssel im Behindertenbereich realistisch und einrichtungsgerecht anpasst – mit dem Ziel, die Qualität der Betreuung zu sichern und die Arbeitsbelastung des Fachpersonals spürbar zu senken.

Inklusion ist keine Budgetverhandlung. Sie ist ein Menschenrecht – für die Betroffenen wie für die Beschäftigten.